

Haushaltsrede 2026 in der Ratssitzung am 18.02.2026

Willi Schmitz, Vorsitzender CDU-Fraktion im Rat der Gemeinde Kürten

Es gilt das gesprochene Wort !

"

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Mitglieder des Rates der Gemeinde Kürten,
sehr geehrte Damen und Herren des Verwaltungsvorstandes,
liebe Kürtenerinnen und Kürtener,

ein berühmtes Lied meines Nachnamensvetters Jupp Schmitz aus Köln lautet: „*Am Aschermittwoch ist alles vorbei!*“

Mit Blick auf die nunmehr abgeschlossene 5. Jahreszeit, dem rheinischen Karneval, mag dies zutreffen, nicht jedoch für den hier zur Abstimmung stehenden Entwurf des Haushaltes der Gemeinde Kürten für das Haushaltsjahr 2026. Dieser soll nämlich heute – so die Beschlussempfehlung der Verwaltung – in der Sitzung des Rates von uns, den anwesenden Ratsmitgliedern, beschlossen werden.

Wer jedoch dem Zahlenwerk des Haushaltes 2026 und seiner Anlagen im Vorfeld der Sitzung seine Aufmerksamkeit gewidmet hat, dem kam, zumindest den etwas Älteren unter uns, unweigerlich ein anderes Karnevalslied von Jupp Schmitz in den Sinn: „Wer soll das bezahlen?“

Diese Kernfrage hat auch meine Fraktion im Vorfeld der heutigen Sitzung beschäftigt, mit welchen Ergebnissen: Dazu später mehr!

Zunächst möchten meine Fraktion und ich dem Bürgermeister Mario Breddow, seinem allgemeinen Vertreter und Kämmerer Sven Schmidt und den für die Aufstellung des Haushaltes verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung für ihre nicht gerade einfache Aufgabe unseren Dank aussprechen.

Doch wenden wir uns nun im Detail einigen Eckpunkten des kommenden Haushaltes 2026 zu. Wichtig, und dies zeigt der vorliegende Haushaltsentwurf, ist vor allem, dass wir als Gemeinde den Blick nicht nur zurück, sondern auch nach vorne schweifen. Hierzu gehört vor allem, notwendige Investitionen, vor allen in Infrastrukturprojekte, zu tätigen, um zumindest den Erhalt der Substanz als absoluten Mindeststandard zu garantieren. Es muss jedoch die Frage gestellt sein: Reicht dies aus?

Thomas Kufen, CDU-Oberbürgermeister der Stadt Essen, hatte bereits im letzten Jahr in einem Interview mit der nach eigenen Angaben größten deutschen Tageszeitung mit Blick auf die finanzielle Ausstattung der

Kommunen in Deutschland Alarm geschlagen und gemahnt: „*Die Demokratie des Staates wird in den Rathäusern verteidigt! Denn da erfahren die Bürgerinnen und Bürger, ob der Staat funktioniert. Ob ich einen Kita-Platz kriege, ob nachts die Straßenlaterne angeht. Wenn man das alles nicht mehr leisten kann, bekommen die Leute, die Steuern zahlen, den Eindruck, dass Politiker damit nicht ordentlich umgehen. Und dies ist gefährlich !!!*“

Allein in Nordrhein-Westfalen können im Jahr 2026 von 396 Städten und Gemeinden voraussichtlich nur noch zehn (!), mithin lediglich 2,5 %, einen ausgeglichenen Haushalt ohne Inanspruchnahme von Rücklagen vorlegen. Und diese Zahlen lassen sich auf das ganz Land übertragen. Das Defizit aller deutschen Städte und Gemeinde betrug 2025 voraussichtlich 30 Milliarden Euro, 2024 waren es „nur“ 24 Milliarden, somit auch hier eine Steigerung von 25 %. Mit anderen Worten: Viele Städte und Gemeinden stehen über kurz oder lang vor der Pleite, wären die Städte und Gemeinden wirtschaftliche Unternehmen, müssten sie den Gang zum Insolvenzverwalter antreten!

Und dennoch ist es meiner Fraktion wichtig, dass die Gemeinde Kürten auch im Haushaltsjahr 2026 viele notwendige Investitionen beginnen bzw. fortsetzen möchte. Beispiele, die wir gerne und uneingeschränkt unterstützen möchten, sind u.a.

- der Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Olpe als wichtiger Baustein zur Förderung des Ehrenamtes in diesem Kirchdorf,
- ebenso die Fortsetzung der Planungen für den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses in Kürten-Dürscheid,
- die Umsetzung des Programms zum barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen als wichtigem Baustein für eine Nutzung des ÖPNV durch möglichst alle Personengruppen,
- Investitionen in die Digitalisierung der Verwaltung,
- die langerwartete Anschaffung einer Drehleiter für die Feuerwehren in unserer Gemeinde sowie
- die kontinuierliche Sanierung sowie Instandhaltung der örtlichen Infrastruktur wie Straßen, Kanäle oder aber auch Spielplätze.

All diese Investitionen sind unabdingbar, schlagen aber auch kostenmäßig im Haushalt 2026 zu Buche.

Das Gleiche gilt aus unserer Sicht auch für die anstehende sog. klimafreundliche Sanierung der Gesamtschule Kürten, kurz KfMGS. Aber gerade bei dieser Haushaltsposition, deren finanzielle Folgen für uns und die Generationen nach uns nicht absehbar sind, gilt es unserer Ansicht nach zwei- oder sogar dreimal hinzuschauen, was wir uns leisten können und vor allem was wir uns noch leisten wollen.

Nicht zuletzt aus diesem Grund hat unsere Fraktion in der vergangenen Ratssitzung den Antrag gestellt, noch zum jetzigen Zeitpunkt alle umsetzbaren Möglichkeiten der Sanierung möglichst neutral zu betrachten. Bewusst außen vor gelassen haben wir dabei die in diesem Jahr zwingend weiter fortzusetzende und alsbald fertigzustellende Sanierung der Mehrzweckhalle als kultureller und sozialer Ankerpunkt für das Zusammenleben in unserer Gemeinde.

Genau aus diesem Grunde hat unsere Fraktion im Zusammenhang mit dem Beschluss zum Haushalt 2026 den Antrag eingebracht, sämtliche Ansätze des Haushaltes, die im Zusammenhang mit der KfMGS stehen und die über eine Fortsetzung bereits angestoßener Projektbausteine hinausgehen, mit einem Sperrvermerk zu versehen, bis voraussichtlich Mitte des Jahres 2026 eine Grundsatzentscheidung über das weitere Vorgehen in Sachen KfMGS getroffen wird. Ausdrücklich von diesen Sperrvermerken nehmen wir somit aus:

- sämtliche Ansätze, die unmittelbar für die planmäßige Weiterführung bzw. der Fortführung der Arbeiten an der Mehrzweck- und Sporthalle benötigt werden.
- bereits beauftragte Leistungen, also Mittel für Leistungen, die bereits vertraglich beauftragt und deren Ausführung vertraglich festgelegt ist sowie
- erforderliche Mittel für die Variantenuntersuchung im Rahmen der Gesamtmaßnahme, mithin finanzielle Mittel, die zwingend zur Erstellung, Prüfung und Bewertung von Bau- bzw. Planungsvarianten der Gesamtmaßnahme erforderlich sind.

Entsprechende Anträge auf die Anbringung von Sperrvermerken haben wir auch für die Ansätze im Haushaltsentwurf 2026 beantragt, die im Zusammenhang mit der Planung und Umsetzung der Maßnahmen für das Integrierte Stadtentwicklungskonzept, kurz ISEK, stehen. Ihnen allen dürfte noch die lebhafte Diskussion aus der vergangenen Ratssitzung in Erinnerung sein, in dessen Folge der Beschluss zur Weiterführung der Maßnahme mit lediglich 38 % aller anwesenden Ratsmitglieder gefasst wurden. Zugegeben: Breite Zustimmung, nicht nur in der Politik, sondern auch in der Bevölkerung, sieht anders aus! Und auch aus diesem Grund sollte im Zuge des Beschlusses des Haushaltes 2026 sich jeder von Ihnen und von uns die Frage stellen: Können und sollen wir uns dies leisten?

Bürgermeister Mario Bredow hat in seinem Schreiben zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2026 vom 05.01.2026 zu Recht zur bestehenden Fördermittelpraxis folgendes ausgeführt: „*Fördermittel sind kein Selbstzweck. Einzelne Programme sind sinnvoll und notwendig – die*

Förderlandschaft in ihrer Gesamtheit erzeugt jedoch vor allem eines: Bürokratie. Auf beiden Seiten werden erhebliche Kapazitäten gebunden – sowohl bei den Fördermittelgebern als auch in den Kommunen. Es werden Stellen geschaffen, um Anträge zu formulieren, Richtlinien einzuhalten, Verwendungsnachweise zu führen und Fördermittel abzurechnen, anstatt Personal dort einzusetzen, wo es tatsächlich zählt: in der Planung, der Umsetzung und im direkten Service für die Bürgerinnen und Bürger.“

Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass die Gemeinde in der Vergangenheit, ich erinnere hier nur an die Anfänge des Projekts KfMGS, schon einmal schlechte Erfahrungen mit angeblich sicheren Fördermitteln gemacht hat, müssen Politik und Verwaltung zukünftig daher genauestens abwägen, wo und vor allem in welchem Umfang Fördermittel auch mit Blick auf etwaige Folgekosten der geförderten Projekte zu akquirieren sind.

Ebenfalls nicht unerwähnt bleiben darf in diesem Zusammenhang die kontinuierliche Steigerung der Umlagen wie Kreis- und Jugendamtsummlage. Nach den aktuellen Zahlen des Haushaltsentwurfs 2026 gehen rund 43,5 % der Aufwendungen als Umlagen an der Rheinisch-Bergischen Kreis! Mit anderen Worten: Fast jeder zweite Euro, den die Gemeinde Kürten als Aufwendung aus den Ansätzen im Ergebnisplan zu entrichten hat, geht an den Rübezahlwald in die Kreisstadt Bergisch Gladbach. Auch wenn mit diesen Umlagegeldern viele sinnvolle und insbesondere im Bereich der Jugendhilfe möglichst nützliche Aufwendungen verbunden sind: Gerade bei diesen Ansätzen muss in der Zukunft ebenso wie bei vielen anderen Ansätze die Frage erlaubt sein: Wieviel Verwaltung kann und darf sich der Staat bzw. auch die Gemeinde in der Zukunft noch leisten!

Diesen und weitere Aspekte der Gemeindefinanzierung gilt es aus meiner Sicht in den kommenden Jahren im Auge zu behalten. Wichtig ist dabei in erster Linie, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger keine Politik „mit der Abrissbirne“ zu betreiben, wie dies leider gerade bei einigen Politikern auf der großen Weltbühne in Mode gekommen scheint. Vielmehr bedarf es gegebenenfalls auch gemeinsamer Anstrengungen der Kommunen, das leider insbesondere bei einigen Bundespolitikern in Vergessenheit geratene „Konnexitätsprinzip“ wieder in Erinnerung zu rufen. Denn nicht nur im Rheinland muss der Spruch gelten: „Wer die Musik bestellt, der bezahlt sie auch!“. Mit anderen Worten: Wer den Kommunen und Kreisen mehr Aufgaben aufbürdet, der muss auch für die ausreichende Kostenausstattung sorgen!

Und genau aus diesem Grund möchte ich noch kurz auf das sogenannte Investitionspaket des Bundes eingehen. Quasi als Tiger gestartet, jedoch als Bettvorleger gelandet, so könnte man dieses Paket mit den groß angekündigten Investitionsboostern zumindest bezogen auf die Gemeinde Kürten beschreiben.

Wie schon Bürgermeister Mario Bredow in seinem Anschreiben zur Einbringung darauf hingewiesen hat: „*Das vom Bund zur Verfügung gestellte „Sondervermögen“, aus dem die Gemeinde Kürten voraussichtlich insgesamt rund 9 Mio. € erhält, ist insoweit ein „Tropfen auf den heißen Stein“, da die Mittel mit jährlich 756 T€ über zwölf Jahre verteilt zugewiesen werden. Darüber hinaus profitiert die Gemeinde Kürten – anders als zahlreiche andere Kommunen – nicht von der Altschuldenentlastung des Landes, da zum maßgeblichen Stichtag keine Kassenkredite bestanden. Diese Entwicklung ist zwar Ausdruck einer über Jahre hinweg verantwortungsvollen und nachhaltigen Haushaltsführung, wird im Ergebnis jedoch nicht honoriert.*“

Insofern ist es aus unserer Sicht unabkömmlig, in einem Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung mit breiter Mehrheit möglichst aller Ratsfraktionen Mittel und Wege zu finden, wie sich die Gemeinde Kürten in Zukunft trotz aller geschilderter Widrigkeiten finanziell optimal aufstellen kann. Es muss allen dabei jedoch bewusst sein: Es wird Ausgabenkürzungen und Einnahmeerhöhungen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger geben. Und Alles, ja wirklich Alles muss auf den Prüfstand. Es darf keine Denkverbote geben! Gerade in dieser weltpolitisch volatilen Situation braucht es den Mut zur Veränderung. Möglicherweise sogar den gleichen Mut, wie es die Generation unserer Eltern und Großeltern nach dem für unser Land verheerenden 2. Weltkrieg hatte, um dieses Land wieder aufzubauen und den Grundstock für unserer heutige Lebenssituation zu legen.

Vor diesem Hintergrund hat die CDU-Fraktion im Vorfeld der heutigen Sitzung des Rates der Gemeinde Kürten den Antrag gestellt, bereits für das Jahr 2026 ein sog. „freiwilliges Haushaltssicherungskonzept“ in Verbindung mit einer Nachhaltigkeitssatzung, wie sie bereits die Städte Bergisch Gladbach und Overath erlassen haben, zu erlassen. Wir erkennen aber selbstverständlich die Schwierigkeit für die Verwaltung, parallel zur Aufstellung des Haushaltes ein solches freiwilliges Haushaltsskonzept schon für das laufende Jahr 2026 einzubringen und haben unseren soeben zur Abstimmung gestellten Antrag dahingehend abgeändert, ein solches freiwilliges Haushaltssicherungskonzept im kommenden Jahr auf den Weg zu bringen.

Denn wie sagte schon Friedrich Nietzsche: „Nur wer sich wandelt, bleibt lebendig.“ Oder anders ausgedrückt mit einem letzten Blick auf die 5. Jahreszeit getreu dem Kölner Sessionsmotto 2027: „Morje es, wat Du druss mähst“ (Für die Nichtrheinländer übersetzt: Morgen ist, was Du heute daraus machst.)

Wir, die CDU-Fraktion im Rat der Gemeinde Kürten, unterstützen diesen Wandel, haben aber, und dass zeigen unsere Anträge hierzu, gleichzeitig stets die Finanzen der Gemeinde im Blick. Getreu dem Motto unseres Ortsverbandes: „Generationen verbinden, Zukunft gestalten!“

Vor diesem Hintergrund wird die CDU-Fraktion im Rat der Gemeinde dem Haushaltsentwurf der Gemeinde **nur** mit den beantragten Sperrvermerken zustimmen. Der Verwaltungsspitze mit Bürgermeister Mario Breddow und seinem Kämmerer/allgemeinem Vertreter Sven Schmidt als ehemalige aktive Fußballer allerdings möchten wir mit auf den Weg geben: Fußball spielt man nach Regeln, damit das Spiel fair bleibt und in geordneten Bahnen verläuft. Damit diese Regeln allerdings immer eingehalten werden, braucht es einen (oder mehrere) Schiedsrichter. Und diese Aufgabe in den kommenden Jahren übernehme ausnahmsweise mal nicht ich persönlich, sondern unsere Fraktion im Rat unserer Gemeinde.

Vielen Dank für Ihre/Eure Aufmerksamkeit.